

NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport
 Sitzung-Nr: 1/XVI. WP
 Sitzungstermin: am Montag, dem 22. Januar 2007 von 18:10 Uhr bis 19:50 Uhr
 Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

ANWESEND SIND:		
Mitglieder CDU-Fraktion		
1 Ratsherr	Dr. Bercusi	
2 Ratsherr	Höfer	
3 Ratsherr	Schroth	ab 18.15 Uhr
4 Ratsfrau	Schulz-Teesink	
5 Ratsvorsitzender	Steuernagel	
Mitglieder SPD-Fraktion		
6 Ratsfrau	Baltz	
7 Stellv. Ratsvorsitzende	Dürbaum-Betsch	
8 Ratsherr	Hugo	
9 2. stellv. Bürgermeisterin	Scheibe	
Mitglieder FDP-Fraktion		
10 Ratsherr	Klockow	
Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN		
11 Ratsherr	Hartig	
Beratende stimmberechtigte Mitglieder		
12 Schülervereiner	Fischer	
13 Lehrervertreterin	Hildebrandt	
14 Elternvertreter	Hinze	
15 Elternvertreter	Nieporte	
16 Lehrervertreterin	Riechers	
Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder		
18 Frau	Fiebig	
20 Frau	Gärtner	
21 Herr	Gotthardt	
23 Herr	Kunkel	
24 Frau	Piper	
es fehlten entschuldigt		
17 Vors. Sportring Barsinghausen	Brecht	
19 Behindertenbeauftragter	Frerichs	
22 Herr	Kuban	

von der Verwaltung			
25	Erster Stadtrat	Oelfke	bis Ende ÖT 19.38 Uhr
26	Fachbereichsleiter	Paulsen	
27	Protokollführerin	Schweingruber	
28	Gleichstellungsbeauftragte	Zeuschner-Barchmann	
als Gäste			
29	stellv. Elternvertreter	Grobosch	bis einschl. TOP 4.2, 18.50 Uhr
30	stellv. Lehrervertreterin	Heydrich	
31	stellv. Lehrervertreterin	Hübner	
32	Frau	Koch - Grundschule Hohenbostel -	
33	Frau	Kunkel -Albert-Schweitzer- Schule-	
34	stellv. Elternvertreterin	Rose	
35	Ratsfrau	Schasse	

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung der zugewählten Ausschussmitglieder
3. Einwohnerfragestunde
4. Ganztagsbetreuung in Schulen
- 4.1 Ernst-Reuter-Schule, Albert-Schweitzer-Schule, Goetheschule KGS
- mdl. Bericht -
- 4.2 Schulergänzende Betreuung am Nachmittag an der Grundschule Hohenbostel-Bantorf
Vorlage XVI/45
5. Abschluss einer Vereinbarung über die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertageseinrichtungen außerhalb der Wohnsitzkommune
Vorlage XVI/46
6. Anmelde- und Belegungssituation in den Kindertagesstätten zum Sommer 2007
- mdl. Bericht -
7. Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres (Krippen)
Vorlage XVI/47
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Höfer macht einleitend deutlich, dass er als neuer Vorsitzender dieses Ausschusses auf eine gute Zusammenarbeit und ein faires Miteinander hofft.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund der besseren Praktikabilität werden im nichtöffentlichen Teil die Punkte 10 und 11 unterteilt in nichtschulische und schulische Angelegenheiten und bisheriger Punkt 10 als Punkt 12 behandelt.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen
--

Beschlussdarstellung:

Die Tagesordnung der Einladung vom 09.01.2007 wird genehmigt. Ebenso die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung.
--

2. Pflichtenbelehrung der zugewählten Ausschussmitglieder

Die stellvertretende Bürgermeisterin Scheibe belehrt die zugewählten Lehrervertreter Gudrun Riechers, Susanne Hildebrandt, Hannelore Hübner, Angelika Heydrich, die zugewählten Elternvertreter Frank Hinze, Werner Nieporte, Angela Rose, Michael Grobosch, den zugewählten Schülervetreter Felix Fischer sowie die weiteren zugewählten Mitglieder Manfred Gotthardt, Alice Gärtner, Astrid Piper, Keno Kunkel und Rita Fiebig nach der NGO und verpflichtet sie durch Handschlag.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Ganztagsbetreuung in Schulen

4.1 Ernst-Reuter-Schule, Albert-Schweitzer-Schule, Goetheschule KGS - mdl. Bericht -

Herr Paulsen gibt einen Erfahrungsbericht über die Entwicklung und den Betrieb der Betreuungsangebote an der Ernst-Reuter-Schule (seit 1989), der Albert-Schweitzer-Schule (ab November 2006) und der Goetheschule KGS (seit Sommer 2005). Dabei macht er besonders auf das seit dem Sommer 2006 in der Ernst-Reuter-Schule laufende zusätzliche schultägliche Betreuungsangebot von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr sowie die 6-wöchige Ferienbetreuung aufmerksam, die

anstelle der Einrichtung einer zweiten Hortgruppe geschaffen worden sind. Das Angebot wird von den Eltern gut angenommen.

Den von der Albert-Schweitzer-Schule gestellten Antrag auf Genehmigung als Ganztagschule hat die Schule zurückgezogen, da die Landesschulbehörde nur eine Genehmigung unter Verzicht von Lehrerstunden erteilen wollte. Daraufhin richtete die Schule gemeinsam mit dem Förderverein eine Nachmittagsbetreuung als Schulveranstaltung ein. Die Personalkosten werden durch Elternbeiträge und einen monatlichen Zuschuss der Stadt in Höhe von 500,00 € getragen. Auch dieses Angebot ist gut angelaufen.

Aktuell hat das Kultusministerium nun aber Grundschulen, die bereits als Ganztagschulen geführt werden, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung nun doch mit zusätzlichen Lehrerstunden ausgestattet.

Die Albert-Schweitzer-Schule ist daher von der Verwaltung gebeten worden, erneut einen Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule zu stellen, um zumindest die Chance auf eine spätere Lehrerstundenzuweisung zu wahren und die Stadt dann zu entlasten. Bis dahin muss es bei der Förderung durch die Stadt bleiben.

Die Goetheschule KGS hat den Antrag auf Führung als Ganztagschule u.a. deswegen gestellt, um IZBB-Mittel erhalten zu können. Die Genehmigung wurde zum Sommer 2005 erteilt, der Ganztagsschulbetrieb aber erst im Sommer 2006 aufgenommen. Ab Sommer 2007 erhält die Schule zwei zusätzliche Lehrer für die Ganztagsbetreuung. Zwischenzeitlich hat sich herausgestellt, dass IZBB-Mittel nicht fließen werden. Das bedeutet, dass mit Eigenmitteln der Stadt in den Ganztagsschulbetrieb investiert werden muss - wenn auch reduziert -.

Herr Nieporte bittet im Zusammenhang mit seiner hierzu vorgelegten Anfrage des Stadtelternrates die Mitglieder des Ausschusses, in ihren Fraktionen dieses Thema zur Sprache zu bringen und Maßnahmen zur Gewährleistung des Ganztagsschulbetriebes zu ergreifen.

Herr Steuernagel bestätigt, dass eine Unterstützung der KGS Thema in den Fraktionsberatungen der CDU-FDP-Gruppe ist.

Herr Hugo bestätigt für seine Fraktion ebenfalls die Bereitschaft, im Fall fehlender IZBB-Mittel städtische Mittel bereitzustellen.

4.2 Schulergänzende Betreuung am Nachmittag an der Grundschule Hohenbostel-Bantorf Vorlage XVI/45

Herr Paulsen erläutert den Betreuungsbedarf an der Grundschule Hohenbostel. Räume stehen ohne große bauliche Veränderungen zur Verfügung. Eine konkrete Elternabfrage ist noch von der Schule durchzuführen. Außerdem steht der Beschluss der Gesamtkonferenz aus, die Genehmigung als Ganztagschule zu beantragen. Als Einstieg und Zwischenlösung kann die Nachmittagsbetreuung vergleichbar der in der Albert-Schweitzer-Schule vorgenommen werden. Daher ist auch hier ein städtischer Zuschuss erforderlich.

Die CDU-FDP-Gruppe sowie die SPD-Fraktion signalisieren ihre Zustimmung zu einer noch vorliegenden Beschlussvorlage.

5. Abschluss einer Vereinbarung über die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertageseinrichtungen außerhalb der Wohnsitzkommune
Vorlage XVI/46

Herr Paulsen erläutert kurz die Vorlage.

Frau Scheibe erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese bisher keine Gelegenheit gehabt habe, das Thema zu behandeln, so dass sie heute nicht abstimmen könnten.

Wortlaut des Antrages von Frau Scheibe: „Für die SPD-Fraktion möchte ich sagen, wir hatten noch keine Gelegenheit, das mit der Fraktion zu besprechen und deshalb können wir es heute behandeln, aber abstimmen können wir heute noch nicht.“

Herr Steuernagel beantragt, die B.E. um folgenden Satz zu ergänzen:
„Diese Vereinbarung ist nach 3 Jahren auf ihre Praxis und Wirkung hin zu überprüfen, um ggf. Fehlentwicklungen korrigieren zu können.“

Die CDU-FDP-Gruppe macht außerdem deutlich, dass sie heute eine Entscheidung im Ausschuss wünscht.

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung über den Änderungsantrag auf, indem er den gesamten Antrag in Wortlauf vorträgt.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

Beschlussdarstellung:

Der dieser Drucksache als Anlage beigefügten Vereinbarung zwischen den Kommunen in der Region Hannover und der Region Hannover über die Inanspruchnahme von Plätzen in Kindertageseinrichtungen außerhalb der Wohnsitzkommune der Personensorgeberechtigten wird zugestimmt.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Haushaltsplan 2007 bei der Haushaltsstelle 46400.712000 mit 36.000,00 € bereitgestellt.

Diese Vereinbarung ist nach 3 Jahren auf ihre Praxis und Wirkung hin zu überprüfen, um ggf. Fehlentwicklungen korrigieren zu können.

Bemerkung: Nach Abgabe der Ja-Stimmen fragt Ratsherr Hugo, ob nicht zuerst der Geschäftsordnungsantrag abgestimmt werden muss. Der Vorsitzende verneint dies. Die SPD-Fraktion wirkt bei der Abstimmung nicht mit.

6. Anmelde- und Belegungssituation in den Kindertagesstätten zum Sommer 2007
- mdl. Bericht -

Herr Paulsen erläutert die Anmelde- und Belegungssituation anhand einer Tischvorlage. Fehlbedarfe zeigen sich besonders im Zentrum und in Egestorf und vor allem im Vormittags- und Ganztagsbereich.

Bei der vorgelegten Auflistung handelt es sich um eine Momentaufnahme. Die Zahlen werden sich noch deutlich verändern, so dass Lösungsvorschläge frühestens in der nächsten Sitzung im Februar beraten werden können.

7. Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres (Krippen)
Vorlage XVI/47

Herr Paulsen berichtet von den gemeinsamen Besichtigungen der Räume im BBI-Gebäude und in der Petruskirche, die für die Einrichtung von Krippenplätzen in Frage kommen. Die Besichtigung, die mit einer Vertreterin des Landesjugendamtes und mit einer freiberuflichen Fachberaterin an diesem Montag stattfand, hat ergeben, dass beide Standorte hervorragend geeignet sind. Das Problem ist die Größe der Räume: Für eine Gruppe sind sie zu groß, für zwei Gruppen sind sie zu klein. Die Vorstellung der Verwaltung, jeweils 1 ½ Gruppen einzurichten, d.h. eine Gruppe mit max. 15 Plätzen (bei Kindern zwischen 2 und 3 Jahren) bzw. 12 Plätze bei jüngeren Kindern und einer zusätzlichen Kleingruppe mit halber Gruppenstärke und nur einer Erzieherin ist im Krippenbereich nicht zulässig. Die Verwaltung favorisiert daher eine Ausweitung der vorhandenen Raumkapazitäten, um an beiden Standorten zwei Krippengruppen einrichten zu können. Erwartet wird hauptsächlich ein Bedarf an Ganztagsplätzen. Über eine Abfrage soll der tatsächliche Bedarf ermittelt werden. Das Abfrage-Ergebnis soll in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Herr Hugo begrüßt die Auswahl der Standorte, die er für sehr geeignet hält. Die SPD-Fraktion spricht sich für die Einrichtung dieser Krippenplätze aus, bittet aber darum, die Beschlussempfehlung einzeln abzustimmen und über die Passage im Punkt 1, 3. Absatz (freie Träger), gesondert abzustimmen. Es soll zunächst im Punkt 1 über die ersten beiden Absätze abgestimmt werden, dann über den dritten Absatz und dann über den Punkt 2.

Herr Steuernagel begrüßt für die CDU-FDP-Gruppe die vorgelegte B.E., da sie dem Wahlprogramm der CDU entspricht und deshalb so übernommen werden sollte. Er sieht keine Notwendigkeit, die B.E. abzuändern und bittet daher um Abstimmung der B.E. in der vorliegenden Form.

Herr Klockow fragt nach der Gebührenkalkulation.

Herr Paulsen teilt mit, dass eine Kalkulation bisher nicht vorgenommen wurde, aber die Gebühr für eine Ganztagsbetreuung deutlich über 200,00 € betragen wird.

Frau Scheibe betont, dass die SPD-Fraktion getrennt darüber abstimmen möchte, ob ein freier Träger die Krippe betreibt oder ob das unter städtischer Regie mit städtischem Personal geschehen soll. Es soll deutlich werden, dass die SPD die Einrichtung der Krippen möchte, aber nicht mit freien Trägern, sondern mit städtischem Personal.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung, die Abstimmung in drei Teile aufzugliedern.

Beratungsergebnis: abgelehnt
mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Herr Oelfke weist darauf hin, dass es Streitig ist, ob eine Abstimmung en bloc zulässig ist. Es kommt auf den inhaltlichen Zusammenhang an, in dem die einzelnen Punkte der Vorlage stehen. Er empfiehlt, da hier ein Widerspruch vorhanden ist, nicht en bloc abzustimmen.

Herr Steuernagel sieht keine Probleme in der en bloc-Abstimmung.

Herr Hugo stellt den weiteren Geschäftsordnungsantrag, die Ziffern 1 und 2 der B.E. getrennt abzustimmen.

Beratungsergebnis: abgelehnt mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung
--

Anschließend stellt Herr Höfer den Antrag mit der vorliegenden Beschlussempfehlung zur Abstimmung. Bemerkung: Die SPD-Fraktion wirkt bei der Abstimmung nicht mit.

Beratungsergebnis: zugestimmt mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Beschlussdarstellung:

1. Die Stadt Barsinghausen beabsichtigt, in den bisher von der Volkshochschule Calenberger Land (VHS) genutzten Räumen im Gebäude der Barsinghäuser Beschäftigungsinitiative (BBI) eine Kinderkrippe einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Räume zu überplanen und die Um- und Ausbaurkosten zu ermitteln.

Der Betrieb der Einrichtung soll möglichst durch einen freien Träger der Jugendhilfe erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen.

2. Die Stadt Barsinghausen begrüßt die Absicht der Petrus-Kirchengemeinde, in ihren Räumen an der Hans-Böckler-Straße durch An- und Umbauten Krippenräume zu schaffen und betreiben zu wollen.

Die Stadt Barsinghausen ist grundsätzlich bereit, die nicht durch Elternbeiträge oder Landesmittel gedeckten Kosten auf der Grundlage eines noch abzuschließenden Fördervertrages zu erstatten; dazu gehört auch die Zahlung eines angemessenen Mietzinses zur Absicherung der erforderlichen Um- und Ausbaurkosten.

8. Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Paulsen informiert über Anträge einer Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern auf Zuweisung von eigenen Arbeitszimmern im Schulgebäude.
Die Anträge werden wegen Nichtzuständigkeit abschlägig beschieden.
- Das Hannah-Ahrendt-Gymnasium hat beantragt, das Schulfach „Darstellendes Spiel“ einzuführen. Es entstehen – wenn überhaupt - nur geringe zusätzliche Kosten.
Die Verwaltung wird dem Antrag als Geschäft der laufenden Verwaltung zustimmen.
- Das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit stellt aus dem Förderprogramm „Familien mit Zukunft“ mit insgesamt 100 Mio. € für die Jugendhilfe 80 Mio. € verteilt auf vier Jahre zur Verfügung. Die Mittel sollen der Verbesserung des Angebotes im Bereich der Kinderpflege dienen, insbesondere für unter Dreijährige. Zuständig ist die Region Hannover, die aber die Fördermittel an die Kommunen weiterreichen will. Der jährliche Anteil für Barsinghausen wurde mit 46.400,00 € ermittelt. Der gleiche Betrag ist von der Stadt im Falle einer Zuwendung gegenzufinanzieren. Die Stadt hat einen entsprechenden Antrag bei der Region fristgerecht gestellt.
- Weitere 5 Mio. € jährlich erhält das Kultusministerium für Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs zwischen Kindergarten und Grundschule. Das Kultusministerium will dafür ca. 50 Beratungsteams im Land einrichten, die vor Ort beratend tätig sein sollen. Außer-

dem sollen zweimal 250 Projekte gefördert werden. Die Stadt soll sich möglichst beteiligen; es sind aber die Richtlinien abzuwarten.

- Das Land hat außerdem ein Sportstättenanierungsprogramm mit einer Laufzeit von 4 Jahren vorgelegt, die Mittel sollen jeweils zu 50% Vereinen und Kommunen zufließen. Die Zuwendung wird in Höhe von 30% der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt, muss jedoch mindestens 50.000,00 € betragen. Die Verwaltung regt an, Mittel zur Sanierung der Sportflächen am Schulzentrum Spalterhals zu beantragen.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Auf Nachfrage von Frau Scheibe wird von Herrn Paulsen die Sitzungsteilnahme der zugewählten Mitglieder erläutert.

Herr Höfer fragt nach dem Sachstand Kneipp-Kindergärten.

Herr Paulsen berichtet, dass zwei städtische Kindergärten – Max und Moritz in Landringhausen und Wichtelhausen in Egestorf – ihre Arbeit entsprechend weiterentwickeln und ausrichten. Es haben Fortbildungsveranstaltungen stattgefunden, deren Kosten der Kneipp-Verein übernommen hat.

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Höfer schließt die Sitzung um 19:50 Uhr.

Höfer
Ausschussvorsitz

Paulsen
Fachbereichsleitung

Schweingruber
Protokollführung